

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/006(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 26.01.2010	Beimszimmer	16:30Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2009
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Bestätigung der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen sowie Empfehlungen zu Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen in der LHS Magdeburg (vorbehaltlich der Bestätigung des Jugendhilfeausschusses) DS0402/09
- 5.2 audit berufundfamilie in den Dezernaten I und V I0329/09
- 5.3 Psychologenstelle Frauenhaus - I0298/09
- 5.4 Magdeburg - Sozialticket A0134/09
- 5.5 Magdeburg - Sozialticket S0285/09
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Inhaltliche Gestaltung des Flyers FuG 2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frömert, Regina

Mitglieder des Gremiums

Meyer, Steffi

Pott, Alexander Prof.Dr.

Ansorge, Jens

Schuster, Frank

Giefers, Thorsten

Sachkundige Einwohner/innen

Frohberg, Michaela

Fund, Claudia

Hausmann, Christian

Geschäftsführung

Ponitka, Heike

Uhlemann, Yvonne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hein, Rosemarie Dr.

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Frömert begrüßt alle AusschussmitgliederInnen und Gäste, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 5.1 wird in dieser Sitzung nicht beraten. Grund dafür ist, dass der Jugendhilfeausschuss noch nicht über diese Information entschieden hat, es einige Änderungsanträge zu dieser Information gibt und es sich herausgestellt hat, dass es noch erheblichen Diskussionsbedarf zwischen den Trägern und der Verwaltung gibt.

Die Tagesordnung wird geändert beschlossen (6 / 0 / 0).

Herr Hans kommt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2009

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 08.12.09 wird bestätigt.

Abstimmung: 5 / 0 / 2

4. Öffentliche Sprechstunde

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

5. Beschlussvorlagen

5.2. audit berufundfamilie in den Dezernaten I und V

I0329/09

Frau Dobronz, FB 01, bringt die Information zum audit berufundfamilie mittels einer Power-Point-Präsentation ein.

Sie sagt, dass bereits 10 Ziele von 28 umgesetzt sind. 2010 soll erstmals eine Info-Veranstaltung für Führungskräfte angeboten werden. Auch die Wiedereingliederung nach der Elternzeit soll den WiedereinsteigerInnen weiter erleichtert werden.

Nach kurzer Diskussion wird die Information zur Kenntnis genommen (7 / 0 / 0).

5.3. Psychologenstelle Frauenhaus - I0298/09

Frau Frömert informiert kurz über den aktuellen Stand.

Anschließend erteilt sie Herrn Brüning, BG V, das Wort.

Herr Brüning nimmt wie folgt Stellung:

- Die Verwaltung hat aus seiner Sicht dem Antrag des FuG-Ausschusses entsprochen.
- Das Thema wurde ausführlich in den Ämtern diskutiert – ämterübergreifend.
- Er hat Informationen darüber, dass ca. 10 % der Kinder, die häusliche Gewalt erfahren haben, deutschlandweit traumatisiert sind.
- Das Ergebnis der Auseinandersetzung mit diesem Thema hat ergeben, dass eine zusätzliche Psychologenstelle abgelehnt wird, aber Hilfsangebote vorgehalten werden müssen.
- Während der Evaluierung über einen Zeitraum von 4 Monaten waren 48 Kinder und Jugendliche im Frauenhaus und über die Interventionsstelle von häuslicher Gewalt betroffen.
- Es musste auch festgestellt werden, dass von Gewalt betroffene Mütter die Angebote der psychologischen Beratung nicht angenommen haben.
- Es wurde ämterübergreifend eine AG gebildet.
- Die Beauftragten konnten sich zum Thema äußern.
- Anschließend ist die Information entstanden.
- Die Mitarbeiterinnen im Frauenhaus bieten bei Bedarf Hilfe an.

- Die Mitarbeiterinnen im Jugendamt und im Gesundheitsamt sind bei Bedarf sofort bereit zu reagieren.

Herr Giefers macht den Vorschlag, Frau Stolze (Mitarbeiterin im Gesundheitsamt) in den Ausschuss einzuladen, um sich die Situation und den täglichen Arbeitsbereich einmal darstellen zu lassen. Er ist der Ansicht, dass man sich generell mit der Zielgruppe tiefgreifender befassen sollte.

Frau Frömert geht davon aus, dass ein entsprechendes Präventionskonzept vorgehalten wird in Magdeburg und, dass Soforthilfe möglich ist, wenn diese gebraucht und auch gewünscht ist. Aus den Statistiken kann man entnehmen, dass Opfer, vor allem Jungs, in ihrem späteren Leben zu Tätern werden.

Frau Meyer sagt, dass die MitarbeiterInnen im Frauenhaus noch einmal darauf hingewiesen werden sollten, dass die Wahrnehmung der Beratungsangebote wichtig für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind, ergo die MitarbeiterInnen sollten die Betroffenen noch mehr auf diese Angebote aufmerksam machen.

Frau Ponitka sagt, dass sie nur zu einem Termin der AG eingeladen wurde und noch etwas zum Hintergrund des gestellten Antrages durch den FuG-Ausschuss. Die Polizei stellte die Kriminalitätsstatistik im November 2008 im Ausschuss vor. Dabei wurde die Aussage getroffen, dass bei Gewaltsituationen in die Wohnung gegangen wird und gesehen wird, dass auch Kinder in diesen Situationen sind. Es wurde ganz deutlich gesagt, dass es nicht Aufgabe der Polizei ist, hier einzugreifen, das heißt, die Kinder werden in dieser Situation durch die Polizei nicht berücksichtigt. Dann wurde im Ausschuss der Entschluss gefasst, den Antrag an den Stadtrat zu stellen. Es gab auch im März 2009 ein Fachgespräch mit Prof. Armbruster von der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Über 200 Kinder und Jugendliche sind nach der vorliegenden Statistik jährlich von massiver häuslicher Gewalt betroffen. Kindereinrichtungen signalisieren dem Amt für Gleichstellungsfragen, dass sie oft einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin bräuchten, wenn sie merken, dass Kinder von häuslicher Gewalt betroffen sind. Sie wünschen sich, dass hier entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Deshalb ist die „Geh-hin-Methode“ in die Einrichtung oder die Familien so wichtig! Die Fachkraft sollte an der Seite von Frau Herrmann in Anlehnung an die Interventionsstelle in Magdeburg arbeiten.

Herr Giefers sagt, dass 80 % der Frauen zu schlagenden Partner wieder zurück gehen. Er macht den Vorschlag sich in 2010 noch einmal intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen, z. B. bei einer nicht öffentlichen Sitzung.

Auch die Unterbringung des Frauenhauses zusammen mit obdachlosen Familien unter einem Dach ist aus seiner Sicht nicht gerade günstig.

Ein weiteres Manko ist, dass die Wartezeiten bei Frau Stolze, Psychologin Gesundheitsamt, um einen Termin zu bekommen, zu lang sind. Er ist der Meinung, man sollte sich mit der vorgelegten Information nicht zufrieden geben.

Herr Brüning äußert dazu, dass auch das Dezernat V mit der Situation nicht zufrieden ist. Es wurde aber gefragt, ob eine solche Stelle im Frauenhaus bzw. der Interventionsstelle zu schaffen wäre. Frau Stolze fährt zukünftig ins Frauenhaus, wenn sie gebraucht wird ungeachtet ihres Terminkalenders.

Weiter sagt er, dass dieses Problem weiter gefasst gesehen werden muss. Das Thema „Gewalt“ muss weiter geöffnet werden – die Menschen müssen dafür zugänglicher gemacht werden. Es muss ein öffentliches Bewusstsein geschaffen werden.

Herr Ansorge sagt dazu, dass der Ausschuss mit seinem Antrag eine Sensibilisierung erreicht hat und er sieht dies positiv. Das Problem wurde von der Verwaltung erfasst. Er hält den Weg der Verwaltung für richtig.

Zum Schluss wird festgelegt, dass sich der Ausschuss Ende 2010 noch einmal mit diesem Thema befassen wird.

Die Information I0298/09 wird zur Kenntnis genommen (7 / 0 / 0).

5.4. Magdeburg - Sozialticket

A0134/09

siehe TOP 5.5

5.5. Magdeburg - Sozialticket

S0285/09

Herr Schneider vom Stadtplanungsamt bringt die Stellungnahme kurz ein. Die Stellungnahme wurde auch durch die Zuarbeit des Sozialamtes erarbeitet. Die Finanzkraft der MVB müsste gestärkt werden. Den Ausgleich müsste die Landeshauptstadt zahlen.

Fazit bleibt jedoch, dass die MVB und das Sozialamt das Sozialticket nicht empfehlen.

Herr Giefers sagt dazu, dass die MVB im GeSo die Haltung eingenommen hatte, dass sie grundsätzlich nicht verschlossen gegenüber einem Sozialticket seien. Die Aussage war, wenn der MVB dadurch kein Mehraufwand entsteht, wären sie auch für die Einführung eines Sozialtickets.

Weiter berichtet er, dass der GeSo dem Prüfauftrag zugestimmt hat. An dieser Thematik sollte weiter gearbeitet werden. Er empfiehlt dem FuG dem GeSo zu folgen.

Herr Ansorge ist auch für den Beschluss des GeSo und sagt weiter, dass eine Mobilitätsverbesserung der Betroffenen eine Verbesserung ihrer gesamten Situation wäre!

Herr Brüning merkt noch kurz an, dass ab 02/ 2010 durch die AG Magdeburg-Pass neue Möglichkeiten erschlossen werden sollen, u. a. auch die Möglichkeit eines Sozialtickets.

Die MitgliederInnen legen Folgendes fest:

Auf Punkt 1 des Antrages wurde in der Stellungnahme der Verwaltung nicht eingegangen. Somit wird dieser Punkt als „offen“ angesehen. Hierzu muss die Verwaltung noch Stellung nehmen.

Somit wird die Stellungnahme S0285/09 mit dieser Einschränkung zur Kenntnis genommen (7 / 0 / 0).

Der Antrag A0134/09 wird empfohlen (6 / 0 / 1).

6. Verschiedenes

6.1. Inhaltliche Gestaltung des Flyers FuG 2010

Nach kurzer Diskussion entscheiden sich die AusschussmitgliederInnen dafür, dass der Flyer des Ausschusses nach einer Aktualisierung (AL-Stelle) veröffentlicht werden kann wie vorgelegt (7 / 0 / 0).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert
Vorsitzende

Yvonne Uhlemann
Schriftführerin